

Antrag auf Befreiung von der Ausweispflicht

- Hiermit beantrage ich, _____, geb. _____
wohnhaft: _____
von der Ausweispflicht befreit zu werden, da ich mich aufgrund meiner
körperlichen Behinderung nicht mehr in der Öffentlichkeit bewegen kann.

Ort, Datum, Unterschrift

- Hiermit beantrage(n) ich/wir, Herrn/Frau _____
geb. _____, wohnhaft: _____
von der Ausweispflicht zu befreien, weil
- er/sie unter Betreuung gestellt wurde
 - er/sie wegen einer körperlichen Behinderung auf Dauer in einem
 - Krankenhaus/Heim untergebracht oder
 - zu Hause in Pflege sich befindet.

Ort, Datum, Unterschrift

Als Unterlagen sind vorzulegen:

1. ein Nachweis über die Immobilität, z.B. vom Hausarzt, Krankenhaus, Pflegeheim oder Pflegedienst
2. falls vorhanden, die ungültigen Ausweisdokumente
3. ggf. eine Vollmacht, dass Sie die Befreiung von der Ausweispflicht beantragen dürfen
4. gültiges Ausweisdokument, der Person die den Befreiungsantrag vorlegt

Datenschutzhinweise der Stadt Passau nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO

Information zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten für das Einwohnermelde-, Pass- und Ausweisverfahren

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung durch die
Stadt Passau
Rathausplatz 2-3, 94032 Passau, Deutschland
Email: poststelle@passau.de
Telefon: +49 (0)851- 396 0
Fax: +49 (0)851- 396 438

Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Stadt Passau ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Frau Julia Bauer, beziehungsweise unter datenschutz@passau.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck

Der **Zweck** der Datenerhebung ist die Aufgabenerfüllung der Stadt Passau als Melde- Ausweis und Passbehörde. Die Rechtsgrundlagen für die **Datenerhebung** und die **Pflicht zu Bereitstellung** ergeben sich aus Art. 6 Absatz 1 lit. c) und e) DSGVO in Verbindung mit dem Bundesmeldegesetz (BMG), Passgesetz (PaßG), Personalausweisgesetz (PAuswG), Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Einkommenssteuergesetz (EStG), Abgabenordnung (AO), Bundeszentralregistergesetz (BZRG), Gewerbeordnung (GewO), Personenstandsgesetz (PStG), Soldatengesetz (SG), Rundfunk-beitragsstaatsvertrag (RBeitrStV), Meldedatenverordnung (MeldDV), 1. und 2. Meldedatenübermittlungsverordnung (1. und 2. BMeldDÜV), Soldatengesetz (SG), Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG), Gesetz über das Ausländerzentralregister mit Durchführungsvorschriften (AZRG), Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU) und der Aufenthaltsverordnung (AufenthV).

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Es findet keine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer statt.

An öffentliche Stellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist eine Datenübermittlung im Rahmen von Tätigkeiten, die ganz oder teilweise in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union fallen, zulässig, soweit dies zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der Meldebehörde oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist.

Ihre personenbezogenen Daten werden an folgende Empfänger oder Kategorien von Empfängern weitergegeben:

- Waffenerlaubnisbehörden nach § 9 MeldDV
- Sprengstoffbehörden nach § 10 MeldDV
- Schulen (Durchsetzung der Schulpflicht) nach § 28 MeldDV
- Staatsangehörigkeitsbehörden, Bundesverwaltungsamt nach § 29 MeldDV, § 10 2.BMeldDÜV
- Abfallbehörden nach §31 MeldDV
- Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach § 32 MeldDV i. V. m. § 4 Abs. 2, 3 und 4 sowie § 5 Abs. 2 BevStatG
- Ehrung von Alters- und Ehejubilaren nach § 33 MeldDV
- Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften nach § 34 MeldDV i. V. m § 42 Abs. 1 und 2 BMG
- Datenübermittlung an den Bayerischer Rundfunk (Beitragsverwaltung) nach § 35 MeldDV sowie § 10 Absatz 7 Satz 1 RBeitrStV
- Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr nach § 4 2.BMeldDÜV und § 58c SG
- Bundesamt für Justiz nach § 2 BMG, § 30 BZRG, § 150 GewO
- Datenstelle der Rentenversicherungsträger nach § 6 2.BMeldDÜV
- Bundeszentralregister nach § 7 2.BMeldDÜV und § 41 Abs. 1 Nr. 7 BZRG
- Kraftfahrtbundesamt nach § 8 2.BMeldDÜV
- Bundeszentralamt für Steuern nach § 9 2.BMeldDÜV, § 39e Abs. 2 Satz 2 EStG, § 139b AO
- Datenübermittlung an das Ausländerzentralregister nach § 11 2.BMeldDÜV
- Meldebehörden nach Art. 5 BayAGBMG, § 33 BMG sowie 1.BMeldDÜV
- Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen nach §34 BMG
- Datenübermittlung an ausländische Stellen nach § 35 BMG i. V. m. § 34 Abs. 1 Satz 1 BMG
- automatisierter Abruf einer anderen öffentlichen Stelle nach § 38 BMG
- automatisierte und regelmäßige Datenübermittlungen an die Suchdienste nach § 43 BMG
- einfache Melderegisterauskunft nach § 44 BMG
- erweiterte Melderegisterauskunft nach § 45 BMG
- Gruppenauskunft nach § 46 BMG

- Wohnungseigentümer/Wohnungsgeber § 50 Absatz 4 BMG
- Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen an Parteien, Wählergruppen, Presse, Rundfunk und Adressbuchverlage nach § 50 BMG
- Datenbereitstellung für das bayerische Behördeninformationssystem nach § 7 BayAGBMG i. V. m. § 3 BMG
- Bundesdruckerei (Ausstellung von Personalausweisen) nach § 12 PAuswG
- Bundesdruckerei nach § 6a PassG
- Andere Behörden nach § 22 PassG und § 24 PAuswG
- Sperrlistenbetreiber nach § 10 Abs. 5 PAuswG
- Ausländerbehörden nach § 72 Abs. 1 und 2 AufenthV
- Wahlämter zur Erstellung, Pflege und Führung der Wählerverzeichnisse nach § 3 Abs. 2 BMG und den jeweils einschlägigen wahlrechtlichen Bestimmungen der Wahlgesetze, Wahlverordnungen, Wahlanweisungen und Bürgerentscheidungsatzung der Stadt Passau
- Ausländerzentralregister gemäß AZRG und AZRG-DV
- sonstige in den §§ 73, 80, 82 Abs. 5, die §§ 85 bis 88, 90, 91 AufenthG genannte Stellen, sowie weitere öffentliche Stellen, soweit sich im weiteren Verfahren ergibt, dass eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften erforderlich und zulässig ist

4. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien

Die in den Pass- und Personalausweisregistern erfassten personenbezogenen Daten sind entsprechend den gesetzlichen Regelungen aufzubewahren (§§ 21 PassG, 23 PAuswG). Sie werden mindestens bis zur Ausstellung eines neuen Ausweisdokumentes, höchstens jedoch bis zu 5 Jahre nach Ablauf des vorhandenen Ausweisdokumentes, gespeichert.

Die zum Zwecke der Ausstellung von Ausweisdokumenten verpflichtend bzw. optional abzugebenden Fingerabdrücke sind spätestens nach Aushändigung des Ausweisdokumentes zu löschen (§§ 16 PassG, 26 PAuswG). Auch bei der Bundesdruckerei GmbH werden diese Daten nicht gespeichert.

Nach dem BMG werden nach dem Wegzug oder Tod des Einwohners von der Meldebehörde alle Daten, die nicht der Feststellung der Identität und dem Nachweis der Wohnung dienen sowie nicht für Wahl- und Lohnsteuerzwecke oder zur Durchführung von staatsangehörigkeitsrechtlichen Verfahren erforderlich sind, unverzüglich gelöscht. Nach Ablauf von fünf Jahren seit Wegzug oder Tod des Einwohners werden die zur Erfüllung der Aufgaben der Meldebehörden gespeicherten Daten für die Dauer von 50 Jahren aufbewahrt und durch technische und organisatorische Maßnahmen gesichert. Während dieser Zeit dürfen die Daten mit Ausnahme des Familiennamens und der Vornamen sowie früheren Namen, des Geburtsdatums, des Geburtsortes sowie bei Geburt im Ausland auch des Staates, der derzeitigen und früheren Anschriften, des Auszugsdatums sowie des Sterbedatums, des Sterbeortes sowie bei Versterben im Ausland auch des Staates nicht mehr verarbeitet werden. Für die in § 13 Abs. 2 Satz 3 BMG bestimmten Fälle gilt das Verbot der Verarbeitung nicht. Für bestimmte Daten gelten nach § 14 Absatz 2 BMG kürzere Lösungsfristen.

5. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (Art. 15-18, 20 und 21) und dem Bundesmeldegesetz stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind,

Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz (nähere Informationen sind aus den Hinweisen auf dem Meldeschein ersichtlich)

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (§ 44 Absatz 3 Satz 1 BMG i. V. m. Artikel 6 Absatz 1 lit. a DSGVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personen-bezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Aufsichtsbehörde gegenüber öffentlichen Stellen ist der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz

Postfach 22 12 19, 80502 München (Postanschrift)

Wagmüllerstraße 18, 80538 München (Hausanschrift)

Telefon: 089/212672-0

Fax: 089/212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Internet: www.datenschutz-bayern.de

6. Aufgrund der Vorschriften des BMG, des PassG und des PAuswG sind Sie verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten zur Bearbeitung durch die Stadt Passau anzugeben.